

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom 18. September 2025 betreffend die sofortige Fortführung des Ausbaus der klimafreundlichen Mobilität

Statt sinnvoll zu sparen kürzt die Bundesregierung kopflos bei der klimafreundlichen Mobilität und lässt die Ostregion und das Burgenland warten. Laut dem neuen Rahmenplan der ÖBB vom Mai 2025 verzögert sich etwa die Errichtung der Flughafenspanne zwischen dem Flughafen Wien und Bruckneudorf im Burgenland um mindestens 2 Jahre – dabei hat dieses Projekt direkte Bedeutung für Pendler:innen aus dem Nordburgenland und für die gesamte Region. Die direkte Anbindung des Flughafens von Neusiedl und Parndorf aus würde die A4 massiv entlasten. Der Pendler:innenverkehr zum Flughafen – einem der größten Arbeitgeber der Region – würde auf die Schiene verlagert. Jede Verzögerung geht auf Kosten der burgenländischen Pendler:innen und des Klimaschutzes.

Zusätzlich hat die Bundesregierung mit der massiven Verteuerung des österreichweiten Klimatickets ein völlig falsches Signal ausgesendet. Statt klimafreundliche Mobilität zu fördern, wird anscheinend wieder auf Verbrennermotoren und Individualverkehr gesetzt. Hinzu kommt die Streichung des Klimabonus, der als sozialer Ausgleich zur CO2-Steuer diente und vor allem Haushalten mit geringem Einkommen eine wichtige Unterstützung geboten hat – abhängig von der Öffi-Erreichbarkeit. Besonders die Burgenländer:innen profitierten am meisten von diesem Klimabonus.

Auch das Klimaticket ist nicht nur eine klimaschützende, sondern auch eine soziale Maßnahme: gerade im Pendler:innen-Land Burgenland ist es umso wichtiger, jene Menschen, die tagtäglich zur Arbeit, zur Schule oder zur Ausbildungsstätte pendeln müssen, bestmöglich zu unterstützen. Diese Unterstützung kann und muss auf mehreren Ebenen erfolgen – insbesondere durch den Ausbau und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs.

In jüngster Zeit hat das Burgenland wie kein anderes Bundesland in den öffentlichen Verkehr investiert: Mit dem Ausbau des Busnetzes sowie dem Start des Anrufsammeltaxisystems BAST wurde ein zukunftsweisendes Mobilitätsangebot geschaffen, das immer stärker genutzt wird.

Die aktuellen Nutzungszahlen sprechen für sich:

- Die Verkehrsbetriebe Burgenland verzeichneten rund 1,15 Millionen Fahrgäste.
- Das BAST wurde seit seinem Start im September 2023 bereits von über 212.000 Personen genutzt – das sind aktuell rund 550 Fahrgäste täglich bzw. mehr als 3.000 pro Woche.

Immer mehr Burgenländer:innen steigen auf dieses bequeme und kostengünstige Angebot um – auch dank der einfachen Kombination mit dem Klimaticket, insbesondere mit dem VOR KlimaTicket Region (Burgenland & Niederösterreich) sowie dem VOR KlimaTicket Metropolregion (inkl. Wiener Linien). Diese Tickets ermöglichen den unkomplizierten Zugang zum öffentlichen Verkehr – ein wichtiger Schritt in Richtung klimafreundliche Mobilität.

2024 beschloss die Landesverkehrsreferenten-Konferenz (LVK) einstimmig den Antrag der Burgenländischen Landesregierung, dass der Bund im Sinne einer Gleichbehandlung von Bussen gegenüber Zügen Expressbuslinien in Ballungszentren mitfinanzieren soll. Gerade in ländlich strukturierten Ländern wie das Burgenland ist es eine breite Angebotspalette im öffentlichen Verkehr entscheidend. Mit der Einführung der Gesamtverkehrsstrategie 2021 setzt das Burgenland verstärkt Busse im öffentlichen Verkehr, um das burgenländische Mobilitätssystem in eine klimaneutrale Zukunft zu führen und gleichzeitig allen Burgenländer:innen einen fairen Zugang zum öffentlichen Verkehr zu gewährleisten. Daher ist eine Gleichbehandlung der Expressbuslinien in Ballungszentren mit dem Schienenverkehr unumgänglich. Eine weitere Forderung des Burgenlandes auf der LVK ist eine Bundes-Kofinanzierung von länderorganisierten bedarfsgesteuerten Verkehren. Eine Bundes-Kofinanzierung für integrierte bedarfsgesteuerte Verkehrslösungen, die langfristig durch das Land abgesichert werden und allgemein zugänglich sind, ist wünschenswert und notwendig. Initiativen für klimafreundliche Mobilität, wie sie das Burgenland mit dem BAST setzt, sind dementsprechend vom Bund finanziell zu unterstützen.

Eine Reformierung benötigt es weiters beim System des Pendlerpauschales. Das Pendlerpauschale in seiner derzeitigen Form begünstigt vor allem Menschen, die besonders gut verdienen. Es wird unabhängig von Steuersätzen ausbezahlt und senkt als Steuerfreibetrag die Steuerbemessungsgrundlage. Davon profitieren Menschen mit hohem Einkommen besonders. Notwendig und sozial gerecht ist die Umwandlung des Pendlerpauschalen in einen Absetzbetrag, der für alle gleich wäre. Damit hätten auch jene Arbeitnehmer:innen etwas davon, die zu wenig verdienen, um überhaupt Steuer zu zahlen. Eine Ökologisierung des Pendlerpauschalen muss auch die Besserstellung des Autopendelns auf kurzen Strecken im Vergleich zum Öffi-Pendeln beenden. Derzeit erhalten Autofahrer:innen bereits ab zwei Kilometern Pendelstrecke Unterstützung, Öffi-Pendler:innen aber erst ab 20 Kilometern. Das fördert die Zersiedelung und den Autoverkehr. Daher sollen Öffi-Pendler:innen ebenfalls ab zwei Kilometern Pendlerstrecke das Pendlerpauschale erhalten.

Der Verkehrssektor ist für über 20 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Wer Klimaziele ernst nimmt, muss gerade hier ansetzen – durch günstige, gut ausgebaute und leicht zugängliche Öffi-Angebote. Im Interesse der Burgenländer:innen, der Pendler:innen und des Klimaschutzes insgesamt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- darauf hinwirken, den ÖBB-Rahmenplan vom Mai 2025 wieder dahingehend abzuändern, dass es im Vergleich zum letzten Rahmenplan zu keinen Verzögerungen bei wichtigen Infrastrukturprojekten des öffentlichen Verkehrs kommt,
- dem Busverkehr den gleichen Stellenwert wie dem Schienenpersonenverkehr einräumen und regionale und überregionale Busverbindungen mitfinanzieren,
- integrierte bedarfsgesteuerte Verkehrslösungen der Länder, beispielsweise das Burgenländische Anruf-Sammeltaxi, finanziell unterstützen,

- die Zuschüsse des Bundes zu den Regional-Klimatickets des VOR im Bundesfinanzrahmen absichern und jährlich valorisieren,
- das Pendlerpauschale hin zu einem sozial gerechten und ökologischen Absetzbetrag reformieren,
- einen regional gestaffelten Klimabonus mit sozialer Treffsicherheit als Ausgleich zur CO2-Steuer einführen.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Sozialausschuss und dem Umweltausschuss zur Vorberatung zuzuweisen